

## Protokoll

### des Einwohnerrats Zofingen

#### Amtsperiode 2022–2025

#### 2. Sitzung 2025

Datum	Montag, 12. Mai 2025
Zeit	18.00 – 20:18 Uhr
Ort	Stadtsaal
Vorsitz	Matthias Hostettler, Einwohnerratspräsident
Protokollführer	Patrick Siegrist, Einwohnerratssekretär
Anwesend	<b>38 Mitglieder des Einwohnerrats</b> Affentranger Thomas (Grüne), Einwohnerrat <sup>5, 6</sup> Anderegg Simon (SP), Einwohnerrat Böni Rainer (FDP/ZM), Einwohnerrat Brünisholz Joël (Grüne), Einwohnerrat Burkard Karin (Grüne), Einwohnerrätin Fumagalli Carla (glp), Einwohnerrätin <sup>6</sup> Gaberthüel Adrian (FDP/ZM), Einwohnerrat Gassner Rahel (SVP), Einwohnerrätin Graf Michèle (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin Grossenbacher Fabian (SVP), Einwohnerrat <sup>3</sup> Gygax Attila (glp), Einwohnerrat Hostettler Matthias (Grüne), Einwohnerrat <sup>1</sup> Hottiger Tobias (FDP/ZM), Einwohnerrat Kast Jürg (Grüne), Einwohnerrat Keller Thomas (FDP/ZM), Einwohnerrat Kirchhofer André (FDP/ZM), Einwohnerrat <sup>5</sup> Koechlin Ronni (FDP/ZM), Einwohnerrat Kremer Franziska (SP), Einwohnerrätin <sup>6</sup> Lehmann Yvonne (SP), Einwohnerrätin Lerch Raphael (SVP), Einwohnerrat <sup>5</sup> McNaught Salome (SP), Einwohnerrätin <sup>3, 4</sup> Müller Maik (FDP/ZM), Einwohnerrat <sup>4, 6</sup> Nadler Daniela (SVP), Einwohnerrätin <sup>5</sup> Negri Marco (SVP), Einwohnerrat <sup>6</sup> Plüss Andrea (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin Scheidegger Elisa (SP), Einwohnerrätin <sup>4</sup>

Schifferle Zeno (EVP-Die Mitte), Einwohnerrat  
Schindler René (SVP), Einwohnerrat  
Schnider Christian (glp), Einwohnerrat  
Schürch Claudia (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin<sup>5, 6</sup>  
Senn Ammann Yolanda (Farbtupfer), Einwohnerrätin  
Sjöberg Anders (glp), Einwohnerrat<sup>5</sup>  
Sommer Alice (Grüne), Einwohnerrätin  
Wacker Michael (SP), Einwohnerrat<sup>5</sup>  
Willisegger Barbara (SVP), Einwohnerrätin  
Wyss Flavio (FDP/ZM), Einwohnerrat<sup>2</sup>  
Zinniker Béatrice (FDP/ZM), Einwohnerrätin<sup>5</sup>  
Zobrist Luc (FDP/ZM), Einwohnerrat

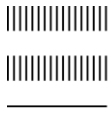
**Entschuldigt** Sommer Hans Rudolf (SP), Einwohnerrat<sup>5</sup>  
Szedlák Stéphanie (EVP-Die Mitte)

**Legende** <sup>1</sup>Präsident  
<sup>2</sup>Vizepräsident  
<sup>3</sup>Stimmzähler/in Einwohnerrat  
<sup>4</sup>Stimmzähler/in Wahlbüro  
<sup>5</sup>Mitglied FGPK  
<sup>6</sup>Fraktionspräsident/in

**Verteiler** Mitglieder des Einwohnerrats  
Mitglieder des Stadtrats

Publiziert am 27. Juni 2025 auf [www.zofingen.ch](http://www.zofingen.ch).

<b>Traktanden</b>	<b>Seite</b>
1. Inpflichtnahme von Joël Brünisholz (Grüne) als Mitglied des Einwohnerrats	4
2. Mitteilungen	4
3. ER.2025.010 Ersatzwahl eines Stimmzählers/einer Stimmzählerin des Wahlbüros für den Rest der laufenden Amtsperiode 2022-2025 (§ 4 Abs. 2 GO)	5
4. ER.2025.011 Seniorenzentrum – Auslagerung in eine kommunale Anstalt	6
5. ER.2010.066 Postulat von Rahela Syed (SP) vom 25. Oktober 2010 betreffend "Faire Beschaf- fung von Produkten und Dienstleistungen in der Stadt Zofingen"; Bericht Stadtrat	12
6. ER.2015.103 Postulat von Michael Wacker (SP) vom 19. Oktober 2015 betreffend "Sichere Bus- wartehäuschen – auch für Vögel"; Bericht Stadtrat	14
7. ER.2023.037 Motion von Tobias Hottiger (FDP) vom 11. September 2023 betreffend "Regionale Koordination von Sportanlagen"; Haltung Stadtrat	15
8. ER.2024.038 Postulat von Carla Fumagalli (glp) vom 21. Oktober 2024 betreffend "Konzept Strassenraumgestaltung Altstadt Zofingen"; Haltung Stadtrat	16
9. ER.2024.039 Postulat von Alice Sommer (Grüne) vom 21. Oktober 2024 betreffend "Prüfung ei- nes Massnahmenpakets zur Eindämmung der Elterntaxis"; Haltung Stadtrat	19
10. ER.2024.037 Interpellation von Flavio Wyss (FDP) vom 21. Oktober 2024 betreffend "Wirkung des Ausbaus der aufsuchenden Jugendarbeit"; Beantwortung Stadtrat	21
11. Umfrage	21



---

## Traktandum 1 – Inpflichtnahme

**Matthias Hostettler**, Einwohnerratspräsident

Der Einwohnerratspräsident begrüsst die anwesenden Personen im Saal zur heutigen Sitzung.

Die zur Diskussion gestellte **Traktandenliste** wird ohne Änderungen **genehmigt**.

Es steht die Inpflichtnahme von Joël Brünisholz (Grüne) an.

Der Präsident begrüsst das neue Mitglied im Einwohnerrat und fordert ihn auf, vor den Stadtrat zu treten. Die Gelübdeformel wird durch den Einwohnerratssekretär vorgelesen. Die Anwesenden werden gebeten, dazu aufzustehen.

*Gemäss § 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrats wird das anwesende neue Mitglied des Einwohnerrats vom Vorsitzenden mit folgendem Gelübde, welches vom Einwohnerratssekretär verlesen wird, in Pflicht genommen: "Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrats die Ehre und die Wohlfahrt der Stadt Zofingen zu fördern und gemäss den Verfassungen und Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln."*

Das Amtsgelübde wird von Joël Brünisholz (Grüne) durch Nachsprechen der Worte "Ich gelobe es" geleistet. Er ist damit in Pflicht genommen und kann seine Tätigkeit aufnehmen.

---

## Traktandum 2 – Mitteilungen

Für die heutige Sitzung haben sich Stéphanie Szedlák und Hans Rudolf Sommer entschuldigt.

Der Rat ist **verhandlungsfähig mit aktuell 38 anwesenden Mitgliedern**.

Das **Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 17. März 2025** wurde am 28. April 2025 verschickt. Innerhalb der jeweiligen 10-tägigen Frist ist kein Änderungsbegehren eingegangen. Das Protokoll gilt somit als genehmigt.

### Tischauflagen

- Wahlzettel Ersatzwahl Stimmzähler/in Wahlbüro

Es sind keine neuen parlamentarischen Vorstösse eingegangen.

### Traktandum 3 – Wahlen

#### ER.2025.010

#### Ersatzwahl eines Stimmzählers/einer Stimmzählerin des Wahlbüros für den Rest der laufenden Amtsperiode 2022-2025 (§ 4 Abs. 2 GO)

**Matthias Hostettler**, Einwohnerratspräsident

Lena Hoffmann (Grüne), Stimmzählerin des Wahlbüros, ist per 17. März 2025 aus dem Einwohnerrat ausgeschieden. Entsprechend ist für diese Funktion eine Ersatzwahl durchzuführen.

Der Verteilschlüssel wurde anfangs Amtsperiode festgelegt. Somit ist der Anspruch der Grünen für die Ersatzwahl eines Stimmzählers/einer Stimmzählerin des Wahlbüros gegeben.

Für das Wahlbüro schlägt das Büro des Einwohnerrats folgende Personen vor:

- Fabian Grossenbacher, Stimmzähler Einwohnerrat
- Salome McNaught, Stimmzählerin Einwohnerrat
- Catrin Friedli, Vizestadtschreiberin
- Tom Eichenberger, Stadtweibel

*Von Seiten Einwohnerrat gibt es keinen Einwand. Das Wahlbüro gilt somit als gewählt.*

Als **Stimmzähler/in des Wahlbüros** ist nominiert: **Elisa Scheidegger (SP)**

**Franziska Kremer**, Fraktionsvotum

Die SP-Fraktion empfiehlt Elisa Scheidegger als Stimmzählerin des Wahlbüros. Sie hat sich gemeldet, da sie das Amt sehr gerne ausführen würde.

Nachdem das Wort nicht mehr verlangt wird, werden die Wahlzettel ausgefüllt und anschliessend eingezogen.

#### *Hinweis zur Protokollführung*

*Während der Auszählung geht die Sitzung weiter. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll das Resultat gleich bei der Wahl.*

#### Ergebnis der Ersatzwahl des Stimmzählers/der Stimmzählerin des Wahlbüros

Zahl der Mitglieder des Einwohnerrats:	40	
Zahl der Anwesenden:	38	
Eingegangene Wahlzettel:	38	
Abzüglich leerer Wahlzettel:	0	
Abzüglich ungültiger Wahlzettel:	1	
In Betracht fallende Wahlzettel:	37	
Absolutes Mehr:	19	
<b>Stimmen haben erhalten:</b>		
Elisa Scheidegger (SP), neu:	35	<b>Gewählt</b>
Vereinzelte:	2	

Die Gewählte erklärt mündlich Annahme der Wahl.

---

## Traktandum 4

### ER.2025.011

#### Seniorenzentrum – Auslagerung in eine kommunale Anstalt

*Eintreten ist nicht bestritten.*

**Michael Wacker**, Referent FGPK

Am 28. November 2011 hat der Einwohnerrat einstimmig einen Baukredit von CHF 44,14 Mio. für den Neubau des Brunnenhofs, die Alterswohnungen im Rosenberg sowie für Anpassungen im Tanner gesprochen. CHF 4 Mio. davon sprach der Einwohnerrat aus der allgemeinen Rechnung der Stadt Zofingen zugunsten der Spezialfinanzierung Seniorenzentrum. Dies als à-fonds-perdu-Betrag, verbunden mit dem Auftrag, ein öffentliches Restaurant und Seminarräume anzubieten. Am 11. März 2012 stimmte das Zofinger Stimmvolk mit 63.6 % Ja-Stimmen dem Bauvorhaben ebenfalls zu. Der Brunnenhof wurde im Jahr 2015 eröffnet, die Alterswohnungen waren im September 2017 bezugsbereit. Die im Juni 2019 vorgelegte Kreditabrechnung unterschritt den Kredit um rund 1,3 Mio. oder 3 %. Der Einwohnerrat genehmigte diese beinahe kommentarlos ebenfalls einstimmig.

So einstimmig war es beim Thema Seniorenzentrum nicht immer: Mehrere politische Vorstösse zur Rechtsform scheiterten am Umsetzungswillen des Stadtrats und an den politischen Risiken – die Ratslinke drohte jeweils mit dem Referendum.

Dank der Änderung des Aargauischen Gemeindegesetzes, das seit dem Jahr 2019 die Gründung von kommunalen Anstalten ermöglicht, konnte sich im Oktober 2022 der Einwohnerrat zu einer Rechtsformänderung durchringen und überwies den Vorstoss von Tobias Hottiger grossmehrheitlich. Jetzt geht es um die Gründung einer kommunalen Anstalt.

Die FGPK hat als letzte Instanz vor dem definitiven Entscheidungsgremium das Vorhaben geprüft. Vorher wurden der Einwohnerrat und das Personal in mehreren Soundingboards einbezogen. Eine Informationsveranstaltung für die Bevölkerung hat ebenfalls stattgefunden. Die FGPK erachtet den gesamten Prozess als vorbildlich und gratuliert dem Stadtrat und dem Projektteam zur hochwertigen Vorlage. Teilweise waren im Soundingboard Mitglieder der FGPK vertreten. Diese Doppelrolle kann man demokratiepolitisch als heikel betrachten, hat aber gewisse Vorteile, denn die FGPK-Mitglieder werden heute auch mitentscheiden.

Folgende Vorteile werden hervorgehoben:

- Kritik hat es gegeben. Sie wurde immer als konstruktiv wahrgenommen. Die daraus erfolgten Anpassungen oder ein Festhalten am Vorschlag sind deswegen für die involvierten Personen nachvollziehbar und schlüssig.
- Durchaus wichtiger: Sämtliche geforderten Informationen und Unterlagen wurden schnell und unkompliziert geliefert. Das schafft Vertrauen. Das ist nicht selbstverständlich.

An der Sitzung vom 23. April 2025 hat sich die FGPK intensiv mit der Vorlage auseinandergesetzt. Die Fragen und Antworten waren hochwertig und fundiert, die Stimmung äusserst konstruktiv. Einige Auszüge aus dieser Sitzung:

Zur Anstaltsordnung: Die Botschaft und ihre Beilagen wurden parallel zur Anstaltsordnung beraten. Die "Machtkonzentration" beim Stadtrat gab zu reden. Der Stadtrat wählt künftig den Verwaltungsrat, nimmt darin Einsitz und entlastet diesen. Zudem ist er Eigentümervertreter. Das kann problematisch sein. Verschiedene Alternativen, wie die Einsetzung der FGPK oder eine zu definierende Kommission als Rechnungsprüfungskommission, wurden geprüft. Sämtliche Alternativen würden eine Änderung der Gemeindeordnung bedeuten. Dies wurde als unverhältnismässig betrachtet. Dieser Vorgang ist auf Gemeindeebene, auf Kantonsebene sowie auf eidgenössischer Ebene überall derselbe. Zofingen würde mit einer anderen Vorgehensweise schweizweit allein dastehen.

Länger diskutiert wurde über den § 4 Abs. 5 der Anstaltsordnung. Die erwähnten CHF 4 Mio. für das öffentliche Restaurant und die Seminarräume wurden im Jahr 2011 einstimmig beschlossen. Dieser Investitionsbeitrag als angedachte Finanzspritze an den Eigenwirtschaftsbetrieb war damals rechtlich eine Grauzone und musste an Bedingungen geknüpft werden. Deshalb muss dieser Betrag ordentlich in der Gemeinderechnung abgeschrieben werden.

Zur Auslagerung der Gebäude: Die FGPK stellt fest, dass der Verkauf zum Buchwert ein vernünftiger Weg ist. Es gibt keinen Marktwert für die Gebäude, da sich das Land, auf dem sich die Liegenschaften befinden, Zone für öffentliche Bauten ist. Zudem bleibt die Stadt zu 100 % Eigentümerin des Seniorenzentrums. Die Gebäude wechseln also vom linken in den rechten Hosensack. Die Situation wäre anders, wenn die Stadt das Seniorenzentrum an Dritte verkaufen würde.

Zu Finanzen und Investitionen: In diesem Zusammenhang wurde über den künftigen Investitionsbedarf diskutiert. Ein mittelfristiger Investitionsplan ist (noch) nicht vorhanden. Brunnenhof und Rosenberg befinden sich in einem sehr guten Zustand. Beim Tanner sieht es anders aus. In den nächsten 10 Jahren sollte nichts Ausserordentliches zum Vorschein kommen, mit Ausnahme des Fensterersatzes. Dies kann das SZZ aus den eigenen Mitteln tragen. Die Erarbeitung eines weitergehenden Sanierungs- und/oder Investitionsplans wird Inhalt der strategischen Arbeiten nach der Verselbstständigung sein. Ein solcher Plan müsste aber unabhängig von der Rechtsform so oder so ausgearbeitet werden.

Weiter wurde über verschiedene Aspekte der Kapitalbeschaffung diskutiert. Das Seniorenzentrum wird weniger gute Konditionen auf dem Kapitalmarkt haben als die Stadt. Wie bereits bei den StWZ erfolgreich gemacht, wäre auch künftig eine Finanzierung über die Stadt möglich. Die Finanzierung künftiger Investitionen steht allerdings nur bedingt mit der Rechtsform im Zusammenhang.

Länger wurde über die Abschreibungen diskutiert. Von einem Mitbürger haben alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte eine umfassende E-Mail zu diesem Thema erhalten. Es ist richtig, dass die in der Planerfolgsrechnung aufgezeigten Abschreibungen nicht dem Merkblatt des Kantons entsprechen. Dieses ist datiert mit 4. Februar 2025. Dort gibt der Kanton eine Abschreibung von 3 % des Versicherungswerts vor. Für das Seniorenzentrum würde das tatsächlich CHF 1 Mio. höhere Abschreibungen pro Jahr bedeuten. Dabei ist zu bemerken, dass in der der der FGPK zur Verfügung gestellten Verkehrswertschätzung die Alterswohnungen Rosenberg miteinberechnet sind. Es wurde erläutert, dass die Richtlinie seit 2019 gilt, und künftig beim Erteilen einer Betriebsbewilligung nebst anderem vermehrt auch auf die finanzielle Leistungsfähigkeit geachtet werden wird. Die Thematik der Abschreibungen ist hier ebenfalls unabhängig von der Rechtsform.

Zurück zum Vertrauen. Die FGPK-Mitglieder haben anstandslos die Kostenrechnungen der Jahre 2022, 2023 und 2024 zur Überprüfung erhalten. Die darin enthaltenen Gebäudewerte und die daraus resultierenden Abschreibungen entsprechen den Zahlen in der Planerfolgsrechnung. Alle drei Kostenrechnungen wurden vom Kanton genehmigt. Wir können also vertrauen.

Fazit: Mit der heutigen Vorlage und ihren fünf Beilagen legt der Stadtrat eine fundierte und seriöse Entscheidungsgrundlage vor. Der Einwohnerrat kann heute eine neue Firma gründen. Das ist kein übliches Geschäft und kommt vielleicht alle 25 Jahre vor. Das letzte Mal bei der Auslagerung der StWZ. Im Gegensatz zur StWZ gingen die Abklärungen dieses Mal weiter und man war besser darauf vorbereitet. So liegt beispielsweise die Eigentümerstrategie vor.

Die FGPK und vorher die diversen Soundingboards haben das Vorhaben kritisch begutachtet und gutgeheissen und es ist über alle Parteien politisch breit abgestützt. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Die FGPK empfiehlt einstimmig, bei einer Abwesenheit, sämtliche Anträge mit 8:0 Stimmen zur Annahme.

Zum Schluss bleibt der Dank. Danke ans Projektteam und den Stadtrat für die geleistete Arbeit und die gute Vorlage. Danke an die Leitung, das Personal und die Bewohnenden des Seniorenzentrums für das jahrelange Aushalten politischer Spiele. Wir entlassen euch heute, hoffentlich, in eine selbständige, unabhängige und erfolgreiche Zukunft.

**Claudia Schürch**, Fraktionsvotum (EVP-Die Mitte)

Nach dem Votum von Michael Wacker sieht die Fraktion keine wesentlichen Ergänzungen mehr. Sie hat das Geschäft geprüft und auf offene Fragen im FGPK-Protokoll sowie in den Unterlagen Antworten erhalten. Die Vorbereitung des Geschäfts sei sorgfältig und unter Einbezug geeigneter Expertinnen und Experten im Rahmen eines Soundingboards erfolgt. Die vom Stadtrat definierten Grundsätze gelten für sie als zielführend. Besonders positiv wird die unternehmerische Freiheit für das Seniorenzentrum sowie die Entkopplung vom städtischen Budgetprozess beurteilt. Die Fraktion begrüsst die geplante Entwicklung und stimmt dem Geschäft zu.

**Thomas Affentranger**, Fraktionsvotum (Grüne)

Die Grüne Fraktion unterstützt sämtliche Anträge des Stadtrats. Sie würdigt die sorgfältige Ausarbeitung der komplexen Vorlage und bedankt sich für die Einbindung in den Lösungsprozess. Die vorgeschlagene Lösung stelle eine ausgewogene Balance zwischen guten Startvoraussetzungen und den Interessen der Stadt dar. Trotz des knappen Dotationskapitals sei ein haushälterischer Umgang möglich, während die Stadt gewisse Garantien und Unterstützungsleistungen beisteuern könne. Gleichzeitig wird der Stadtrat aufgefordert, seine Steuerungs- und Aufsichtsinstrumente aktiv zu nutzen, die Eigenstimmenstrategie regelmässig zu überprüfen sowie fachlich qualifizierte Verwaltungsräte einzusetzen. Auch im Verwaltungsrat müsse die Verantwortung gegenüber den Eigentümern wahrgenommen werden. Die Auslagerung des Seniorenzentrums – etwas abseits der Politik – wird als nötiger Schritt zur unternehmerischen Freiheit gesehen, damit das Zentrum im Markt bestehen und sich künftig auf den Leistungsauftrag und das Wohl der Bewohnenden fokussieren könne.

**Daniela Nadler**, Fraktionsvotum (SVP)

Die Fraktion schliesst sich der FGPK an und unterstützt mehrheitlich die Anträge des Stadtrats. Sie ist der Ansicht, dass die Entflechtung von Politik und Verwaltung weitgehend gelungen ist, auch wenn einzelne Bereiche – etwa die Pensionskasse und IT – weiterhin bei der Stadt verbleiben. Das Führungsteam wird aufgefordert, diese Aspekte laufend zu überprüfen. Besonders kontrovers wurde die Finanzierung diskutiert: Da eine Kapitalmarktlösung unrealistisch sei, bleibt die Finanzierung bei der Stadt. Die vorliegende Planerfolgsrechnung lasse jedoch keine Schuldentilgung zu. Auch die Bewertung der Buchwerte müsse kritisch geprüft werden – insbesondere, falls sich Dritte an der Institution beteiligen sollten, um allfällige stille Reserven zu berücksichtigen. Fragen zu Abschreibungen seien inzwischen geklärt und angepasst worden. Die Fraktion dankt für die sorgfältige Aufarbeitung und die bereitgestellten Unterlagen sowie dem Leitungsteam für die geleistete Arbeit in den vergangenen Jahren. Die Anträge werden unterstützt.

**Franziska Kremer**, Fraktionsvotum (SP)

Die SP-Fraktion betrachtet das Geschäft als eines der wichtigsten Vorlagen der letzten Zeit. Sie hebt hervor, dass die breite Mitwirkung sowie der wiederholte Zugang zu Informationen eine intensive Auseinandersetzung ermöglicht hätten. Insbesondere lobt sie die transparente Arbeit vom Führungsteam des Seniorenzentrums, weiteren Personen der Verwaltung sowie der externen Beratung. Die öffentliche Informationsveranstaltung sei vorbildlich durchgeführt worden – mit offener Frageunde und umfassender Zahlenlage. Die Fraktion anerkennt, dass der Stadtrat konstruktiv mit Kritik umgegangen sei und Rückmeldungen, etwa im Soundingboard, ernst genommen habe. Die Mitarbeitenden des Seniorenzentrums stünden der Rechtsformänderung positiv gegenüber, fühlten sich gut informiert und erwarteten verbesserte, fairere Arbeitsbedingungen. Ein Diskussionspunkt in der Fraktion war die weiterhin beim Stadtrat liegende Konzentration der Kompetenzen, trotz neuer Rechtsform. Dies sei aber, wie bei der RZO, der AXPO oder der SBB, üblich. Die Fraktion betont ihre Absicht, das Seniorenzentrum künftig aufmerksam zu begleiten, Verantwortung einzufordern und die

Interessen der Seniorinnen und Senioren in Zofingen zu vertreten. Sie spricht sich geschlossen für alle Anträge des Stadtrats aus.

**Attila Gygax**, Fraktionsvotum (glp)

Die GLP-Fraktion unterstützt alle Anträge des Stadtrats einstimmig. Besonders hervorgehoben wird die hohe Qualität der umfangreichen Unterlagen, die viel Arbeit und Sorgfalt erkennen lassen. Dank gilt allen Beteiligten – insbesondere dem Einwohnerrat für seine Ausdauer in der Thematik sowie dem Stadtrat für die sorgfältige Ausarbeitung trotz ursprünglicher Zurückhaltung gegenüber dem angestrebten Schritt. Die Fraktion teilt die bereits genannten Bedenken, etwa zur Finanzierung, betont jedoch, dass es sich im Kern um eine rein formale Verschiebung innerhalb desselben Haushalts handle. Zur Zusammensetzung des Verwaltungsrats hält sie fest, dass es richtig sei, wenn auch Exekutivmitglieder dort vertreten seien. Entscheidend sei, dass der Stadtrat keine Mehrheit im Verwaltungsrat haben werde – ein Punkt, der für die GLP von zentraler Bedeutung sei. Die Vorlage diene dem Ziel, das Seniorenzentrum zu entpolitisieren und professioneller zu führen. Dieses Ziel sei mit der neuen Rechtsform erreichbar.

**André Kirchhofer**, Fraktionsvotum (FDP)

Die FDP-Fraktion befürwortet sämtliche Anträge des Stadtrats einstimmig. Sie begrüsst die klare Ausgestaltung der neuen Rechtsform des Seniorenzentrums, insbesondere die deutliche Trennung der Zuständigkeiten: Der Stadtrat ist für die Eigentümerstrategie verantwortlich, der Verwaltungsrat für die Unternehmensstrategie und die Geschäftsleitung für den operativen Betrieb – ein klarer Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand. Auch die vorgelegte Anstaltsordnung wird als einfach und verständlich beurteilt. Die finanzielle Ausgestaltung lasse auf eine stabile Zukunft für das Seniorenzentrum schliessen. Dennoch bestehen offene Fragen zur Bewertung der Immobilien, deren Auswirkungen auf Abschreibungen, zum erwarteten Cashflow sowie zur Tragfähigkeit zukünftiger Investitionen. Die Fraktion wünscht sich dazu weitere Präzisierungen durch den Stadtrat, ebenso zur Stabilität der Tarife im Rahmen eines mehrjährigen Finanz- und Investitionsplans. Diskutiert wurde zudem die Zusammensetzung des Verwaltungsrats. Hier wünscht sich die Fraktion lediglich eine kleine Präzisierung im Rahmen der Detailberatung, ohne einen Antrag einzureichen. Die Vorlage wird insgesamt als hervorragend beurteilt.

**Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin

Der Stadtrat betont die intensive und sorgfältige Vorbereitung der Vorlage zur Verselbständigung des Seniorenzentrums. In strategischen Gremien sowie im Stadtrat sei das Geschäft mehrfach diskutiert worden. Die Vorlage markiere einen wichtigen Schritt zur Eigenständigkeit und Flexibilität, was als zentral für die Zukunft des Seniorenzentrums betrachtet werde. Vorrangiges Ziel bleibe es, pflegebedürftigen Bewohnerinnen und Bewohnern ein gutes Zuhause zu bieten – verbunden mit einer stabilen finanziellen und strukturellen Basis. Die Verantwortung für die strategische Führung gehe künftig auf den Verwaltungsrat über, während der Stadtrat weiterhin die Eigentümerstrategie verantworte und alle 4 Jahre überprüfe. Die operative Leitung verbleibe bei der Geschäftsleitung. Eine klare Rollentrennung zwischen strategischer und operativer Verantwortung sei entscheidend für die erfolgreiche Weiterentwicklung des Seniorenzentrums. Einwohnergemeinde und Bevölkerung hatten sich einst mit 4 Mio. Franken an der Renovation des Seniorenzentrums beteiligt. Der verbleibende, noch nicht abgeschriebene Betrag von 2,8 Mio. Franken wird weiterhin in der städtischen Buchhaltung geführt. Die Anstaltsordnung garantiert, dass das Zentrum auch künftig ein öffentliches Restaurant und Seminarräume betreibt, wodurch ein Gegenwert für die Bevölkerung besteht.

Die finanzielle Tragbarkeit des Zentrums wird unabhängig von der Rechtsform beurteilt. Massgeblich sind einerseits die klassische Finanzbuchhaltung der Stadt sowie andererseits die Vollkostenrechnung, die für die Taxberechnung relevant ist. Beide Rechnungen wurden laut Angaben in den letzten Jahren korrekt geführt und vom Kanton jeweils positiv beurteilt. Die Bewertung der beiden Gebäude Brunnenhof und Tanner entsprach bisher nicht vollständig dem Versicherungswert. Aufgrund von Rückfragen, unter anderem aus der FGPK und durch ein entsprechendes Schreiben, wurde der Sachverhalt erneut geprüft. In Absprache mit dem Kanton wurde festgestellt, dass auch bei einer zukünftigen Bewertung zum vollen Versicherungswert von rund 46 Mio. Franken mit den aktuell geltenden Tarifen eine ausgeglichene Rechnung ("schwarze Null") erzielt werden kann. Daraus folgert der Stadtrat, dass die finanzielle Tragbarkeit weiterhin gewährleistet ist. Zukünftige Investitionen bleiben anspruchsvoll, weshalb die Verantwortung dafür an Verwaltungsrat und Geschäftsleitung übergeben wird. Zur Gebäudebewertung wurde eine externe Schätzung herangezogen, ergänzt durch die internen Buchwerte. Da beide Werte nahe beieinander lagen, schlägt der Stadtrat vor, die Gebäude zum Buchwert an das Seniorenzentrum zu übertragen – als ausgewogene Lösung für beide Seiten. Hinsichtlich des zukünftigen Cashflows verweist der Stadtrat auf den bestehenden Finanzplan sowie das laufende Budgetjahr, in dem ein Gewinn erwartet wird. Konkrete Aussagen zur langfristigen Liquidität seien zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nicht möglich. Das Seniorenzentrum soll künftig ebenso effizient wirtschaften wie in den vergangenen vier Jahren. Die Auslastung bleibt dabei ein Schlüsselfaktor. Die langfristige Finanzplanung basiert auf einer schwarzen Null gemäss aktueller Vollkostenrechnung. Der Finanz- und Investitionsplan ist bis ins Jahr 2034 im Investitionsplan der Einwohnergemeinde verankert. Eine eigens eingesetzte Arbeitsgruppe widmet sich vertieft der Weiterentwicklung dieses Plans. Detaillierte Zahlen dazu werden bis Ende Jahr erwartet. Der Stadtrat dankt abschliessend für die Unterstützung und blickt der Detailberatung mit Zuversicht entgegen.

#### *Detailberatung*

#### **André Kirchhofer**, Einwohnerrat

Zur Anstaltsordnung § 8: Die FDP weist darauf hin, dass § 8 Abs. 1 der Anstaltsordnung sprachlich mehrdeutig sei. Der Ausdruck "ein Exekutivmitglied" könne sowohl numerisch – im Sinne von "genau eines" – als auch unbestimmt – im Sinne von "irgendeines von mehreren" – interpretiert werden. Um Missverständnissen in der künftigen Auslegung vorzubeugen, ersucht die Fraktion darum, im Protokoll klar festzuhalten, dass mit der Formulierung "ein Exekutivmitglied" ausdrücklich nur ein einziges Exekutivmitglied gemeint ist, das die Eigentümervertretung im Verwaltungsrat wahrnimmt. Der Stadtrat wird um entsprechende Bestätigung gebeten.

#### **Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin

Protokollarisch wird festgehalten, dass mit der Formulierung "ein Exekutivmitglied" in § 8 Abs. 1 der Anstaltsordnung eindeutig eine zahlenmässige Begrenzung gemeint ist: Es nimmt genau ein Mitglied der Exekutive im Verwaltungsrat Einsitz, während die übrigen Mitglieder aufgrund fachlicher Kompetenzen ausgewählt werden.

*Das Wort wird nicht weiter verlangt.*



---

### Abstimmungen

1. Der vorliegenden Anstaltsordnung gemäss Anhang 2 sei zuzustimmen.

**Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.**

2. Dem vorliegenden Baurechtsvertrag inkl. Verkauf der Gebäude (Rosenberg, Brunnenhof und Tanner) zu Buchwerten gemäss Anhang 4 sei zuzustimmen.

**Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.**

3. Dem Dotationskapital in der Höhe von CHF 2.5 Mio. sei zuzustimmen.

**Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.**

4. Der Refinanzierung über ein Darlehen bei der Einwohnergemeinde in der Höhe von CHF 27.5 Mio. sei zuzustimmen.

**Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.**

5. Die Motion von Tobias Hottiger vom 21. Juni 2021 betreffend "Änderung der Rechtsform des Seniorenzentrums in eine Aktiengesellschaft" (ER.2021.194 (GK 194)) sei abzuschreiben.

**Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.**

---

---

## Traktandum 5

### ER.2010.066

#### Postulat von Rahela Syed (SP) vom 25. Oktober 2010 betreffend "Faire Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen in der Stadt Zofingen"; Bericht Stadtrat

*Eintreten ist nicht bestritten.*

#### **Franziska Kremer**, Einwohnerrätin (Fraktionsvotum SP)

Die SP-Fraktion äussert sich kritisch zur langen Verzögerung einer klaren Stellungnahme durch den Stadtrat hinsichtlich einer als selbstverständlich erachteten Thematik. Zwar sei die späte Positionierung nun vorhanden, doch werde infrage gestellt, warum Verwaltung oder Politik nicht schon früher gehandelt hätten. Dennoch überwiegt die Dankbarkeit, dass das Thema nun aufgenommen wurde. Mit Verwunderung reagiert die Fraktion auf konkrete Beispiele wie die Beschaffung chinesischer Laternen im Jahr 2023 oder den Einsatz von erdölbasierten Imitatplatten auf Spielplätzen, was der kommunizierten ökologischen Haltung widerspreche. Nun sei entscheidend, dass die neue Haltung allen Mitarbeitenden kommuniziert, in der Verwaltung verankert und in den Eigentümerstrategien sämtlicher stadtnahen Betriebe aufgenommen und kontrolliert werde. Aus Sicht der SP brauche es zudem eine klar definierte Verantwortlichkeit innerhalb der Verwaltung für die Umsetzung dieser Richtlinien – idealerweise durch eine benannte Person. Das derzeitige Controlling, etwa durch einen vagen "Gruppenplan", erscheine unzureichend. Die Fraktion empfiehlt, die Verantwortlichkeit explizit festzulegen, um eine konsequente Umsetzung sicherzustellen – möglicherweise als Aufgabe auf Chefebene.

#### **Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin

Der Stadtrat zeigt sich erfreut über die entstandene Richtlinie, auch wenn der Prozess viel Zeit in Anspruch genommen habe. Nun liege eine gute Grundlage vor, um politische Vorstösse gezielt anzugehen und die lange Liste offener Aufträge abzuarbeiten. Zur Verantwortlichkeit wird klargestellt: Die Koordination und Überprüfung der Umsetzung obliegt der Stadtschreiberin. Unterstützt wird sie von einer bereichsübergreifenden Arbeitsgruppe, die bereits an der Ausarbeitung der Richtlinie beteiligt war und Erfahrungswerte aus den verschiedenen städtischen Bereichen zusammenführt. Damit soll eine breite fachliche Verankerung und nachhaltige Umsetzung der Massnahmen sichergestellt werden.

#### **André Kirchhofer**, Einwohnerrat

Eine Verständnisfrage zur Beschaffungsrichtlinie Pt. 3.4: Es wird festgehalten, dass der Stadtrat gesetzlich erlaubte regionale Kreisläufe und Unternehmen berücksichtige. Er betont die Bedeutung dieses Aspekts im Beschaffungswesen und weist darauf hin, dass nach Möglichkeit Betriebe aus Zofingen berücksichtigt werden sollten. Im Einwohnerrat sei wiederholt kritisiert worden, dass bei Bauvorhaben oft Firmen von ausserhalb zum Zug kämen – häufig mit Verweis auf Kosten oder Qualität. Er fragt nach, ob die Richtlinie auch bei neuen Kreisläufen, bei Sachen im Hochbau oder Tiefbau gilt und ob damit konkrete Produkte oder Dienstleistungen gemeint sind.

#### **Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin

Die Richtlinie gilt für alle Vorhaben. Der Stadtrat beabsichtigt, Erfahrungen zu sammeln, um zu prüfen, was gut funktioniert und was nicht. Dabei müssen jedoch die übergeordneten beschaffungsrechtlichen Vorgaben eingehalten werden – insbesondere bei grösseren Bauprojekten stellt dies einen wesentlichen Aspekt dar.

**Attila Gygax**, Einwohnerrat,

äussert sich positiv zur Beschaffungsrichtlinie, insbesondere zu den ersten sieben Seiten, die als gelungen empfunden werden. Gleichzeitig wird bemängelt, dass der Umfang des Dokuments im Verhältnis zur Entstehungsdauer eher gering sei. Kritisiert wird ausserdem die uneinheitliche Flughöhe des Textes: Einzelne Abschnitte, wie etwa zum Hoch- und Tiefbau, seien sehr unterschiedlich detailliert – etwa im Verhältnis 4:1. Während in einem Teil Standards festgelegt würden, gehe ein anderer bis auf die Ebene spezifischer Materialien wie Zementsorten. Für eine künftige Überarbeitung wird angeregt, die Flughöhe innerhalb des Dokuments zu vereinheitlichen.

**Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin,

betont, dass die angesprochenen Punkte bei der nächsten Überarbeitung der Richtlinie berücksichtigt werden könnten. Vorerst solle jedoch mit der bestehenden Version gearbeitet und praktische Erfahrungen gesammelt werden. Es habe dazu auch Beratungen mit dem Kanton und anderen erfahrenen Stellen gegeben. Eine unmittelbare Überarbeitung sei jedoch nicht geplant.

*Das Wort wird nicht weiter verlangt.*

### **Abstimmungen**

1. Vom Bericht des Stadtrats zum Postulat sei Kenntnis zu nehmen.

**Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.**

2. Das Postulat sei abzuschreiben.

**Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.**

---

## Traktandum 6

### ER.2015.103

#### Postulat von Michael Wacker (SP) vom 19. Oktober 2015 betreffend "Sichere Buswarte- häuschen – auch für Vögel"; Bericht Stadtrat

*Eintreten ist nicht bestritten.*

**Michael Wacker**, Einwohnerrat (Postulant),

erinnert daran, dass bereits vor 10 Jahren über das Thema von sicheren Buswartehäuschen – auch für Vögel – geschmunzelt wurde. Der entsprechende Vorstoss sei im Jahr 2015 eingereicht worden, der Stadtrat habe innerhalb eines Jahres Stellung bezogen und der Vorstoss sei anschliessend überwiesen worden. Entgegen einem Bericht im Zofinger Tagblatt sei die Umsetzung nicht erst nach 10 Jahren erfolgt, sondern habe schon früher begonnen – vollständig umgesetzt sei er allerdings bis heute nicht. Entscheidend sei jedoch, dass das Anliegen Eingang in die Köpfe von Exekutive und Verwaltung gefunden habe, was schon vor der offiziellen Überweisung geschehen sei. Es sei nachvollziehbar, dass bauliche Veränderungen nicht von heute auf morgen erfolgten. Da die Umsetzung jedoch inhaltlich erfüllt sei, fordert er die Abschreibung des Vorstosses.

**Robert Weishaupt**, Stadtrat

Der Stadtrat bedankt sich beim Postulanten für das wichtige Anliegen im Rahmen der laufenden Sanierungen der Bushaltestellen nach dem Behindertengleichstellungsgesetz. Alle Wartehäuschen werden überprüft und bei Bedarf verbessert – auch unter Berücksichtigung des Vogelschutzes. Bereits erfolgte Umbauten stellen einen wichtigen Fortschritt dar; ein Bericht mit den bisherigen Ergebnissen wird nun vorgelegt. Die Umsetzung erfolgt schrittweise und mit Augenmass, unter Abwägung von Funktionalität, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit. Ein schnelleres Vorgehen wäre nur mit zusätzlichen finanziellen Mitteln möglich. Aus Sicht des Stadtrats ist der Auftrag erfüllt, das Postulat kann abgeschrieben werden.

*Das Wort wird nicht weiter verlangt.*

### Abstimmungen

1. Vom Bericht des Stadtrats zum Postulat sei Kenntnis zu nehmen.

**Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.**

2. Das Postulat sei abzuschreiben.

**Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.**

---

**Traktandum 7**

**ER.2023.037**

**Motion von Tobias Hottiger (FDP) vom 11. September 2023 betreffend "Regionale Koordination von Sportanlagen"; Haltung Stadtrat**

*Eintreten ist nicht bestritten.*

**Tobias Hottiger**, Einwohnerrat (Motionär),

erläutert, dass der Stadtrat die Entgegennahme seiner Motion aus juristischen Gründen ablehne. Diese Begründung sei für ihn nachvollziehbar und inhaltlich korrekt, weshalb er auf eine Weiterverfolgung der Motion verzichte. Im Vorfeld habe er ein konstruktives Gespräch mit Stadträtin Rahela Syed geführt, bei dem man sich einig gewesen sei, dass in der regionalen Koordination von Sportanlagen Handlungsbedarf bestehe. Zofingen habe als potenzielles regionales Zentrum eine gewisse Verantwortung, in dieser Thematik eine Vorreiterrolle einzunehmen. Er betont, dass eine solche Koordination nicht allein durch Zofingen umgesetzt werden könne, sondern zwingend die Zusammenarbeit mit umliegenden Gemeinden erfordere. Ziel sei es, ineffiziente Einzelplanungen – etwa für Fussballplätze, Hallenbäder oder Leichtathletikanlagen – zu vermeiden und stattdessen gemeinsame, raumplanerisch sowie finanziell sinnvolle Lösungen zu finden. Er verweist auf die laufenden Beratungen im Grossen Rat zum Sportgesetz, bei denen unter anderem diskutiert werde, ob für Fördergelder künftig ein regional abgestimmtes Konzept Voraussetzung sei. Sollte dies beschlossen werden, wäre das ein zusätzlicher Anstoss für die Region Zofingen, sich frühzeitig zu koordinieren. Angesichts dieser gemeinsamen Stossrichtung zieht er den Vorstoss zurück und bedankt sich beim Stadtrat für den Dialog.

*Das Geschäft ist mit dem Rückzug erledigt.*

---

**Traktandum 8**

**ER.2024.038**

**Postulat von Carla Fumagalli (glp) vom 21. Oktober 2024 betreffend "Konzept Strassenraumgestaltung Altstadt Zofingen"; Haltung Stadtrat**

*Eintreten ist nicht bestritten.*

**Carla Fumagalli**, Einwohnerrätin (Postulantin),

erläutert, dass das Postulat zur Strassenraumgestaltung gemeinsam mit verschiedenen Fraktionen erarbeitet wurde, nachdem die erste Vorlage zur Pfistergasse abgelehnt worden war. Ziel war es, eine bessere Grundlage für zukünftige Projekte zu schaffen. Trotz unterschiedlicher Motivationen bestand breiter Konsens, dass es nicht im bisherigen Stil weitergehen könne. Kritisiert wurden insbesondere die fehlende Evaluation der Pflasterung auf deren Nutzen für gehbehinderte Personen, eine mangelnde Kosten-Nutzen-Abwägung, sowie das Fehlen eines umfassenden Konzepts, das verschiedene Aspekte der Strassenraumgestaltung integriert. Sie erkennt an, dass sich durch das Postulat bereits einiges bewegt habe: Es wurde eine Evaluation durch die Organisation ProCap durchgeführt, Varianten geprüft und bei der überarbeiteten Vorlage zur Pfistergasse 2.0 eine ausgewogenere Lösung umgesetzt und der Öffentlichkeit vorgestellt. Die damit verbundene Informationsveranstaltung wird als positiv hervorgehoben – jedoch sei die Nachvollziehbarkeit des aktuellen Konzepts noch nicht vollständig gewährleistet. Sie kritisiert, dass viele der genannten Verbesserungen offenbar erst infolge des Postulats erfolgt seien. Weiterhin fehle es an einem echten Gesamtkonzept, das auch ökologische und verkehrstechnische Aspekte transparent berücksichtige. Aus ihrer Sicht sei die Antwort des Stadtrats auf das Postulat unvollständig. Die knappe Abstimmung zur zweiten Vorlage zeige zudem, dass noch Unzufriedenheit bestehe. Sie appelliert an den Einwohnerrat, offene gebliebene Kritikpunkte zu benennen. Auch die Aussage des Stadtrats, dass man am Thema ohnehin weiterarbeite, wertet sie nicht als Grund, das Postulat nicht zu überweisen – im Gegenteil: Gerade um die Qualität der weiteren Ausarbeitung zu sichern, sei eine Überweisung notwendig. Ziel sei es, dass der Einwohnerrat weiterhin am Prozess beteiligt bleibe, da aus ihrer Sicht noch weiterer Handlungsbedarf bestehe.

*Matthias Hostettler, Einwohnerratspräsident, weist darauf hin, dass die vorgesehene Redezeit überschritten wurde.*

Carla Fumagalli betont abschliessend die zentrale Bedeutung der Altstadtgestaltung und hebt hervor, wie wichtig es sei, dass diese für alle Bevölkerungsgruppen zugänglich und nutzbar bleibt. Sie bittet den Einwohnerrat, den Vorstoss zu überweisen, um den Anliegen zur inklusiven und nachhaltigen Entwicklung der Altstadt Nachdruck zu verleihen.

**Robert Weishaupt**, Stadtrat,

betont, dass die Diskussion zur begehbaren Altstadt ein sensibles, historisch gewachsenes Thema sei, das mit klaren Anforderungen und vielen Emotionen verbunden ist. Der Stadtrat habe die Verantwortung übernommen und aus dem Postulat "Begehbare Altstadt für alle" einen klaren Auftrag erhalten. Daraufhin sei ein entsprechendes Konzept erarbeitet worden – inklusive der Kommunikation über die damals höheren Kosten. Da der Einwohnerrat die Mehrkosten für die Umsetzung in der Pfistergasse nicht mittragen wollte, habe man kostengünstigere Varianten gesucht, welche dennoch eine hindernisfreie Gestaltung ermöglichen. Das Konzept sei überarbeitet und mit Erfahrungen aus anderen Projekten, wie der Ringmauergasse, ergänzt worden. Es wurde im Februar öffentlich prä-

sentiert. Zentral bleibe: Die Altstadt solle für alle begehbar sein – mit minimalen Eingriffen ins historische Stadtbild und zu vertretbaren Kosten. Die 2-Meter-Streifen erfüllten die gesetzlichen Vorgaben zur Behindertengleichstellung, was durch ProCap bestätigt worden sei. Der Wiederverwendung alter Pflastersteine komme dabei auch eine kostensparende Rolle zu. Eine ökologische Aufwertung sei ursprünglich nicht Teil des Postulats gewesen, sei aber dennoch als Option berücksichtigt worden. Die Umsetzung erfolge schrittweise, sorgfältig und angepasst an jede einzelne Gasse. Das Konzept sei dynamisch und werde bei Bedarf laufend angepasst – es sei kein statisches Dokument. Für jede Gassensanierung sei weiterhin eine Prüfung durch die Altstadtkommission vorgesehen, verbunden mit einer Kreditvorlage an den Einwohnerrat. Eine vollständige Überarbeitung des Konzepts, wie vom Postulat gefordert, bringe laut Stadtrat keinen zusätzlichen Mehrwert und binde unnötig Zeit und Ressourcen, die besser in konkrete Umsetzungen investiert würden. Deshalb wird darum gebeten, das Postulat nicht zu überweisen.

**Carla Fumagalli**, Einwohnerrätin,

kritisiert die Argumentation des Stadtrats und warnt davor, dass mit dieser Haltung künftig gar keine neuen Konzepte mehr entstünden. Sie verweist auf die bisherigen Ablehnungen von Projekten zur Altstadtgestaltung und prognostiziert, dass solche Entscheide erneut drohen könnten – schlimmstenfalls so, dass gewisse Sanierungen überhaupt nicht realisiert werden können. Hauptanliegen sei, die Situation durch bessere Übersicht, mehr Transparenz und strategisches Vorgehen zu verbessern. Sie stellt klar, dass es beim Postulat nicht um eine kostenfreie oder rein ortsbildorientierte Lösung gehe, sondern um ein ganzheitliches Konzept, das unterschiedliche Bedürfnisse wie z. B. Hindernisfreiheit und Verkehrssicherheit ausgewogen berücksichtige. Die bisherigen Planungen erfüllten diese Erwartungen nicht vollständig, insbesondere fehle eine integrative Sichtweise der gesamten Altstadtgestaltung. Das Argument, dass man bereits die Mindestanforderungen erfülle, greife zu kurz. Sie betont, dass ein umfassenderes Konzept von Anfang an gewünscht gewesen sei – selbst wenn das im ursprünglichen Wortlaut nicht explizit gefordert wurde. Sie sieht die Überweisung des Postulats als Chance, dieses Defizit zu beheben, ohne dabei zusätzliche Risiken einzugehen. Der damit verbundene Impuls könnte den Stadtrat in die Pflicht nehmen, während der Einwohnerrat weiterhin Einfluss auf den Prozess behalte. Abschliessend betont sie ihre Gesprächsbereitschaft und signalisiert Offenheit für eine konstruktive Weiterarbeit.

**Andrea Plüss**, Einwohnerrätin,

erklärt im Namen der Fraktion EVP-Die Mitte, dass sie die Notwendigkeit eines neuen oder erweiterten Konzepts zur Altstadtgestaltung kritisch sieht. Die Fraktion hege Zweifel daran, ob sich der zusätzliche Zeit- und Ressourcenaufwand tatsächlich lohne – insbesondere bei einem Entwicklungsprozess, der sich über Jahrzehnte erstrecke. Viele Anliegen wie Klimaanpassung würden bereits heute umgesetzt, etwa durch zusätzliche Bäume oder die Versickerung von Brunnen, ohne dass es dafür ein umfassendes Konzept brauche. Das bestehende Konzept 2.0 biete ein einheitliches Erscheinungsbild und erfülle mit der Integration des Behindertengleichstellungsgesetzes zentrale Anforderungen. Auch wenn das Konzept nicht in allen Punkten überzeugt, sieht sie keinen Mehrwert in einer vollständigen Neuerarbeitung. Vielmehr brauche es eine laufende Evaluation und Anpassung, etwa im Hinblick auf technische Entwicklungen bei Mobilitätshilfen wie Rollstühlen oder Rollatoren. Als Einwohnerin habe sie kaum Einfluss auf konzeptionelle Details, sondern nur auf die finanzielle Steuerung im Rahmen des Einwohnerrats. Aus Sicht der Fraktion sei ein neues Konzept nicht notwendig; die Fraktion teile daher mehrheitlich die Einschätzung des Stadtrats und spreche sich gegen die Überweisung des Postulats aus.

**Franziska Kremer**, Einwohnerrätin,

spricht im Namen der SP-Fraktion und erklärt, dass sich deren zwei Vertreterinnen – nach gemeinsamer Arbeit mit Carla Fumagalli – entschieden haben, dem Antrag des Stadtrats zuzustimmen. Die wesentlichen Forderungen des ursprünglichen Postulats seien erfüllt. Die SP geht davon aus, dass der Stadtrat aus der Situation rund um die Pfistergasse seine Lehren gezogen hat und zukünftige Projekte besser vorbereitet und präsentiert werden. Sollte dies wider Erwarten nicht der Fall sein, sieht die SP im laufenden Altstadtprozess eine geeignete Gelegenheit, Forderungen nach einem umfassenderen Konzept erneut einzubringen – etwa zu Stadtklima, Entsiegelung, Begrünung oder Fassadengestaltung. Entscheidend sei, dass diese Anliegen in den Köpfen der Entscheidungsträgerinnen und -träger präsent seien. Auch wenn die SP keine detaillierten Forderungen erheben könne, sei es wichtig, dass solche Themen bei künftigen Projekten berücksichtigt würden.

**Robert Weishaupt**, Stadtrat,

zeigt sich irritiert über die wiederholte Forderung nach einer Ausweitung des bestehenden Konzepts zur Altstadtgestaltung. Aus seiner Sicht sei bereits für jede Gasse und jeden Gassentyp eine grundlegende gestalterische Linie definiert worden, die dem Stadtrat als Richtschnur diene. Bei jeder konkreten Umsetzung – etwa künftig entlang der Verbindung von der Pfistergasse über den Niklaus-Thut-Platz, die Rathausgasse und Engelgasse – werde jedoch individuell geprüft, wie eine allfällige ökologische Aufwertung sinnvoll integriert werden könne. Er betont, dass ökologische Massnahmen ursprünglich nicht Bestandteil des Postulats "Begehbare Altstadt für alle" gewesen seien, dieses habe sich ausschliesslich auf die Hindernisfreiheit bezogen. Es sei daher schwierig zu bestimmen, welche zusätzlichen Inhalte das Konzept noch abdecken solle. Die zentralen Einwände gegenüber den bisherigen Projekten hätten vor allem die Kosten betroffen. Um diesen gerecht zu werden, habe der Stadtrat bewusst darauf verzichtet, sämtliche Gassen vollständig hindernisfrei zu gestalten. Stattdessen erfülle man gezielt die Mindestvorgaben des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG). Vor diesem Hintergrund bittet er weiterhin darum, auf die Überweisung des Postulats zu verzichten.

*Das Wort wird nicht weiter verlangt.*

### **Abstimmungen**

Das Postulat sei nicht an den Stadtrat zu überweisen.

**Der Antrag des Stadtrats wird mit 14:24 (ja/nein) Stimmen abgelehnt.**

---

## Traktandum 9

### ER.2024.039

#### Postulat von Alice Sommer (Grüne) vom 21. Oktober 2024 betreffend "Prüfung eines Massnahmenpakets zur Eindämmung der Elterntaxis"; Haltung Stadtrat

*Eintreten ist nicht bestritten.*

**Alice Sommer**, Einwohnerrätin (Postulantin),

spricht im Namen der Grünen Fraktion und begrüsst die Bereitschaft des Stadtrats, das Postulat zur Förderung eines eigenständigen Schulwegs entgegenzunehmen. Die Fraktion anerkennt, dass der Stadtrat die Problematik ernst nimmt und konkrete Massnahmen gegen das zunehmende Aufkommen der Elterntaxis ergreifen will. Die Thematisierung dieser Problematik im Rahmen der Mitwirkung zum Verkehrskonzept OSZ wird als Zeichen des politischen Willens gewertet, die aktuelle Situation zu verbessern. Zwei Punkte sind aus Sicht der Fraktion jedoch noch offen. Erstens: die geplante "Kiss & Ride"-Zone. Aus der Antwort des Stadtrats geht hervor, dass eine solche Zone mit Einbahnverkehr im Umfeld des GMS und des OSZ eingerichtet werden soll. Unklar bleibt jedoch, ob die Schützenstrasse damit gemeint ist. Die Grüne Fraktion schlägt stattdessen die Sählstrasse vor – aufgrund beidseitiger Trottoirs, der Nähe zur Schule bei gleichzeitig ausreichendem Abstand sowie der guten Erreichbarkeit von zwei Hauptstrassen her. Zudem könnten gefährliche Wendemanöver vermieden werden. Zweitens regt sie eine Diskussion zur Anpassung der Unterrichtszeiten von Kindergarten und Unterstufen an. Momentan bestehen zeitliche Unterschiede, die vor allem für Familien mit abgelegener Wohnlage eine organisatorische Herausforderung darstellen. Eine Angleichung – etwa auf Schulhausbene – könnte sowohl logistische Vorteile für Eltern als auch mehr Sicherheit und soziale Integration für Kinder bringen, insbesondere wenn Geschwister gemeinsam zur Schule bzw. in den Kindergarten gehen könnten. Die Fraktion bittet darum, das Postulat zu überweisen, um die aufgezeigten Anliegen weiter zu verfolgen.

**Lukas Fankhauser**, Stadtrat,

stellt klar, dass die bisher im Zusammenhang mit dem Postulat aufgeführten acht bis neun Massnahmen nicht abschliessend seien. Der Stadtrat begrüsse ausdrücklich weitere Anregungen, da ihm die Reduktion der Elterntaxis ein grosses Anliegen sei. Die vorgeschlagene Prüfung einer Angleichung der Unterrichtszeiten werde aufgenommen – wie auch alle anderen Vorschläge unter dem Prinzip: zunächst die Machbarkeit klären, anschliessend sinnvolle Massnahmen umsetzen. Zu den ersten vier Massnahmen lägen bereits konkrete Umsetzungspläne vor; die restlichen vier befänden sich aktuell in der Phase der Prüfung oder Positionierung. Ein Beispiel sei die angedachte Zusammenarbeit mit dem Tarifverbund A-Welle zur Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs – das bedeute jedoch nicht automatisch die Einführung eines Gratisangebots, sondern vielmehr eine Evaluation, ob etwa durch reduzierte Schulbusbedarfe Synergien oder Einsparungen erreicht werden könnten. Auch zur geplanten "Kiss & Ride"-Zone sei noch keine Entscheidung gefallen. Der genaue Standort werde im Rahmen des übergeordneten Verkehrskonzepts ermittelt. Diese Zusammenhänge müssten Hand in Hand betrachtet werden. Abschliessend bekräftigt er die Bereitschaft des Stadtrats, das Postulat entgegenzunehmen und im weiteren Prozess offen für neue Impulse zu bleiben.

**Luc Zobrist**, Einwohnerrat,

erklärt im Namen der FDP-Fraktion, dass die Überweisung des Postulats unterstützt wird. Die vorgeschlagenen Massnahmen würden in die richtige Richtung gehen und die aktuelle Situation, insbesondere rund um den Stadtsaal, sei unbefriedigend – etwa mit Blick auf das Verkehrsaufkommen durch Elterntaxis. Gleichzeitig betont er, dass die Verantwortung für den Schulweg grundsätzlich bei

den Eltern läge. Als liberale Partei lehne die FDP es ab, diesen Vorschriften zu machen. Dennoch sehe man Möglichkeiten, mit geeigneten Massnahmen das Verkehrsaufkommen gezielt zu steuern und zu verbessern. Wichtig sei dabei ein klarer Fokus auf die Wirksamkeit und die wirtschaftliche Tragbarkeit einzelner Schritte. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis müsse im Zentrum stehen. Die FDP begrüsse daher die Haltung des Stadtrats, wonach Massnahmen sorgfältig geprüft und nur bei nachgewiesener Wirkung umgesetzt werden sollen.

#### *Detailberatung*

**Attila Gygax**, Einwohnerrat,

bekräftigt seine Unterstützung für das Postulat zur Reduktion der Elterntaxis, hebt jedoch hervor, dass dies nicht mit einer Zustimmung zur Haltung des Stadtrats gleichzusetzen sei. Er warnt vor einer Wiederholung früherer Erfahrungen – etwa im Zusammenhang mit behindertengerechter Pflasterung – bei denen nach der Überweisung eines Postulats bestimmte Massnahmen ohne ausreichende Rücksprache als bereits beschlossen galten. Konkret kritisiert er die Formulierung der geplanten "Kiss & Ride"-Zone im "Umfeld" des GMS und des OSZ, da dies einen Standort an der Schützenstrasse implizieren könnte. Eine solche Lösung lehnt er klar ab, da die direkte Zufahrt von Elterntaxis zwischen die Schulhäuser aus seiner Sicht kontraproduktiv wäre. Er verweist auf das Mitwirkungsverfahren zum Verkehrskonzept des Oberstufenzentrums, in dem diese Frage bereits diskutiert wurde, und fordert, dass die dort eingegangenen Rückmeldungen ernst genommen werden. Abschliessend appelliert er an Offenheit im weiteren Vorgehen.

**Lukas Fankhauser**, Stadtrat,

hält fest, dass die wichtigsten Argumente ausgetauscht seien. Der Stadtrat nehme die eingebrachten Anliegen gerne auf und sei bereit, insbesondere die Frage der "Kiss & Ride"-Zone sorgfältig zu prüfen – sowohl bezüglich des geeigneten Standorts als auch des passenden Zeitpunkts für eine allfällige Umsetzung.

*Das Wort wird nicht weiter verlangt.*

#### **Abstimmungen**

Das Postulat sei an den Stadtrat zu überweisen.

**Dem Antrag des Stadtrats wird mit 30:8 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.**

---

## Traktandum 10

*Eintreten ist nicht bestritten.*

### ER.2024.037

#### **Interpellation von Flavio Wyss (FDP) vom 21. Oktober 2024 betreffend "Wirkung des Ausbaus der aufsuchenden Jugendarbeit"; Beantwortung Stadtrat**

**Flavio Wyss**, Einwohnerrat (Interpellant)

Der Interpellant dankt für die Ausführungen, die positiven Ergebnisse und ist mit der Beantwortung grösstenteils zufrieden.

*Die Vorstösse sind auf [www.zofingen.ch/einwohnererrat](http://www.zofingen.ch/einwohnererrat) einsehbar.*

---

## Traktandum 11 – Umfrage

### *Hinweis der Protokollführung*

*An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.*

**Michael Wacker**, Einwohnerrat

Ist der Stadtrat gewillt, seine Haltung zu einem eingereichten Vorstoss, insbesondere zu einem Postulat, innerhalb einer adäquaten Zeit von max. 12 Monaten dem Einwohnerrat zu unterbreiten, obwohl in der Gemeindeordnung lediglich eine Frist zur Einreichung eines entsprechenden Berichts festgeschrieben ist?

**Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin

Der Stadtrat ist bestrebt, die Fristen einzuhalten und die noch hängigen Postulate zu bearbeiten.

**Carla Fumagalli**, Einwohnerrätin

Ist der Schwimmunterricht in der Badi Zofingen trotz steigenden Schülerzahlen gewährleistet und gibt es Überlegungen zur Zusammenarbeit mit anderen Badeanstalten?

**Lukas Fankhauser**, Stadtrat

Der Schwimmunterricht an der Schule Zofingen ist so organisiert, dass Schüler/innen der 3. und 4. Primarklassen ca. 10 Mal das Schwimmbad besuchen, was in etwa 20 Schwimmlektionen entspricht. Da für den Schwimmunterricht ein Schwimmlehrer angestellt ist und die Lektionen auch bei Schlechtwetter durchgeführt werden müssen, erfolgt dieser Unterricht in Reiden. Bei einer Badi-Schliessung in Reiden müsste nach Rothrist oder Entfelden ausgewichen werden, sofern dort freie Wasserzeiten vorhanden sind. Andernfalls müsste das Konzept mit dem Schwimmlehrer angepasst werden. Zu einer möglichen Zusammenarbeit mit der Badi Reiden kann noch keine Aussage gemacht werden, da der Stadtrat zuerst die nötigen Auswirkungen für Zofingen abklären will.

**Luc Zobrist**, Einwohnerrat

Wie ist der Stand bezüglich des Baus des Kreisels Untere Vorstadt?

**Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin

Der Bau des Kreisels hängt mit dem Bau des Projekts Untere Vorstadt zusammen. Der Investor für dieses Bauprojekt konnte gefunden werden. An einer Infoveranstaltung am 4. Juni 2025 wird der Gewinner des Architekturwettbewerbs sowie der künftige Besitzer darüber informieren.

**Robert Weishaupt**, Stadtrat

Die Vergabe des Lands im Baurecht sollte bis Ende Jahr erfolgen. Anschliessend erfolgt die Submission. Bei der Planung muss auf die Hoch- und Tiefbauten Rücksicht genommen werden und abgestimmt sein. Die Strasse wird teilweise von diesen Gebäude unterbaut. Dies erfordert eine sorgfältige Koordination aller Beteiligten. Wenn alles funktioniert, ist der Strassenbau ab dem Jahr 2027 vorgesehen.

**Raphael Lerch**, Einwohnerrat

Wie ist der Stand bezüglich Parkreglement der Stadt Zofingen?

**Robert Weishaupt**, Stadtrat

Wie bereits an der letzten Einwohnerratssitzung erwähnt, ist das Parkgebührenreglement beim Stadtrat in Bearbeitung und benötigt noch Zeit.

---

**Matthias Hostettler**, Einwohnerratspräsident

Der Einwohnerratspräsident bedankt sich für die engagierte Debatte, weist auf die nächste Einwohnerratssitzung vom 23. Juni 2025 hin und schliesst die Sitzung um 20:18 Uhr.

Zofingen, 27. Juni 2025

EINWOHNERRAT ZOFINGEN



Matthias Hostettler  
Einwohnerratspräsident



Patrick Siegrist  
Einwohnerratssekretär